



Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise

Drei-Stufen-Plan für die Gesundheit und Pflege

Stand 9.April 2020



POSITIONSPAPIER: Gesundheits- und pflegepolitische Maßnahmen zur Bekämpfung und Bewältigung des Coronavirus SARS-CoV-2

Die Corona-Pandemie stellt unser Gesundheitssystem vor enorme Herausforderungen, verursacht durch das hochinfektiöse SARS-CoV-2-Virus, an dem sich zunehmend Menschen in Deutschland wie auch weltweit infizieren. Die weitere Ausbreitung muss mit zielführenden Maßnahmen eingedämmt werden, um unser Gesundheitssystem nicht zu überfordern. Um die Schäden durch Covid-19 so gering wie möglich zu halten, schlägt die FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag folgende kurzmittel- und langfristigen pflege- und gesundheitspolitischen Forderungen vor:

Kurzfristig

- Es ist zwingend erforderlich, unserer kritischen Gesundheitsinfrastruktur **ausreichend Schutzmaterialien** wie Schutzmasken (FFP 2, bzw. FFP 3), Schutzkittel, Schutzbrillen, Desinfektionsmittel sowie Handschuhe **zur Verfügung zu stellen**. Trotz der Ausnahmesituation ist es unabdingbar eine hohe Qualität der Schutzausrüstung zu gewährleisten. Die Zertifizierungsprozesse müssen dementsprechend angepasst werden. Für die häusliche Pflege ist das Budget für Pflegehilfsmittel aufzustocken.
- Die **Ausweitung der konsequenten Infektionstestung** mit strikter Isolierung von Infizierten ist unabdingbar, um die Ausbreitung des Virus in den Griff zu bekommen. Da die Testkapazitäten begrenzt sind, müssen in erster Linie Angehörige aus systemrelevanten Gruppen bei Verdacht getestet werden können.
- Eine schnelle und möglichst konkrete Information über die Ausgestaltung der Hilfsmaßnahmen für Leistungserbringer im Gesundheits- und Pflegewesen ist wichtig, um den medizinischen und pflegerischen Fachkräften Planungssicherheit zu gewährleisten. Hierfür müssen alle Informationen gebündelt über eine **zentrale Plattform** und barrierefrei zur Verfügung gestellt werden. Durch ein digitales Forum und einer entsprechenden fachlichen Betreuung könnte den Leistungserbringern Hilfe zur Selbsthilfe geboten werden.



- Die Kapazitäten unseres Gesundheitssystems sind limitiert. Im Speziellen drohen im Rahmen der Corona-Pandemie intensivmedizinische Bettenkapazitäten knapp zu werden. Um dies zu verhindern, schlägt die FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag die **Einführung einer einmaligen Gripeschutzimpfpflicht** für 2020 vor. Während der Grippesaison 19/20 wurden ca. 180.000 Infektionen mit dem Influenzavirus diagnostiziert. 16 Prozent davon mussten im Krankenhaus behandelt werden. Dies entspricht einer Fallzahl von ca. 28.000 stationären Aufnahmen und sind wertvolle Ressourcen unseres Gesundheitssystems, die während einer Pandemie unverzichtbar sind. Eine einmalige Gripeschutzimpfpflicht könnte helfen, die Anzahl der Grippefälle in Deutschland auf ein Minimum zu reduzieren. Damit genügend Impfdosen bereitgestellt werden können, müsste so schnell wie möglich mit der Produktion begonnen werden.
- Die **Entwicklung einer Exit-Strategie** muss höchste Priorität genießen. Wir können und wollen den Zustand beschränkter Freiheitsrechte nicht über das notwendige Maß hinaus hinnehmen und zulassen. Dabei muss die Politik die Ziele vorgeben, die Konzepte zur Lockerung der Maßnahmen müssen aus den medizinischen Fachdisziplinen kommen. Wir begrüßen, dass der Freistaat zur Erforschung des Virus eine Studie finanziert und einen Expertenbeirat gegründet hat.
- Die **Erforschung eines Virus-Medikaments und eines aktiven sowie passiven Impfstoffs** muss stark intensiviert werden. Dabei müssen alle verfügbaren Mittel und Ressourcen seitens des Staates zur Verfügung gestellt werden. Die Lockerung von bürokratischen Hürden unter Einhaltung hoher medizinischer Sicherheit zur Zulassung eines Impfstoffes ist zu unterstützen.
- Um das öffentliche Leben stufenweise zu normalisieren, fordert die FDP-Fraktion im bayerischen Landtag eine **Mund-Nasen-Schutzpflicht** in Bereichen, in denen nicht genügend Abstand gehalten werden kann, wie z.B. dem **Einzelhandel oder dem ÖPNV**. Dies wäre eine sinnvolle und umsetzbare Maßnahme, die dabei helfen kann, wieder mehr Freiheiten zu erlauben. Darüber hinaus sollte die Möglichkeit geschaffen werden, sich im Eingangsbereich von Läden oder öffentlichen Einrichtungen die Hände desinfizieren zu können.



- Die **Entbürokratisierung der Vorschriften in der Pflege** in Zeiten der Krise ist ein mehr als zu begrüßender Schritt und sollte für die Zeit nach Ende der Krise evaluiert werden. Die Leistungserbringer müssen über die konkrete Ausgestaltung der Erleichterungen rechtssicher und bedarfsgerecht informiert werden.
- Der **Aufbau von Fieberambulanzen oder Schwerpunktpraxen** muss vorangetrieben werden. Bei der Lenkung der Patientenströme ist auf eine konsequente Trennung der Corona- und der Regelversorgung zu achten. Die Einsetzung von Versorgungsärzten in den Landkreisen und kreisfreien Städten ist dabei eine sinnvolle Maßnahme, um das regionale Krisenmanagement abzustimmen. Jedoch muss die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) zwingend in die Koordination der Versorgung mit eingebunden werden. Im Zweifel auf die Expertise der Kassenärzte zu verzichten ist nicht im Sinne einer qualitativ hochwertigen Versorgung.
- Der **Aufnahmestopp in Alten- und Pflegeheimen** scheint aus infektionsmedizinischen Gründen aktuell geboten und notwendig. Allerdings kann dies **kein Zustand von allzu großer Dauer** sein, da die Situation von pflegenden Angehörigen – nicht erst seit der Corona-Krise – höchst angespannt ist. Die FDP-Fraktion fordert die schnelle Umsetzung, keinen absoluten Aufnahmestopp zu verhängen, sondern ein Verfahren vor die Aufnahme in Heimen vorzuschalten. Dieses beinhaltet eine 14-tägige Quarantäne, beispielsweise in einer extra dafür geschaffenen Kurzzeitpflege. Generell müssen die **Kurzzeitpflegekapazitäten zur Entlastung der pflegenden Angehörigen kurzfristig und unbürokratisch erhöht werden**. Hierfür könnten sich die aktuell leerstehenden Reha-Einrichtungen bestens eignen. Wir fordern darüber hinaus eine digitale Pflegebörse, um die pflegerischen Kapazitäten und Entlastungsleistungen transparent darstellen zu können.
- Die **Potentiale der Digitalisierung des Gesundheitswesens** und vor allem der Telemedizin müssen verstärkt genutzt werden. So fordert die FDP-Fraktion den verstärkten **Ausbau der Telekonsultation bei niedergelassenen Haus- und Fachärzten**. Auch in der Pflege kann die Digitalisierung helfen, vor allem die sozialen Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner z.B. durch Videotelefonie zu befriedigen.



- Ein **digitaler Zusammenschluss der bayerischen Krankenhäuser** zur Behandlung von COVID-19-Erkrankten wäre ein notwendiger Schritt, um einen tagesaktuellen Überblick über die vorhandenen Versorgungskapazitäten und mögliche Therapien im Freistaat zu erhalten.

Mittelfristig

- Die FDP-Fraktion fordert für alle Menschen eine **Antikörper-Testung** zu ermöglichen, sobald Testspezifika verlässlich eine Immunität bzw. Antikörper nachweisen. Dabei sollte mit Versorgungsrelevanten Bereichen begonnen werden. Dadurch wäre es im Rahmen einer Exit-Strategie möglich, bestimmte Teile des öffentlichen Lebens stufenweise zu normalisieren.
- Die FDP-Fraktion sieht in einem **Cocooning vulnerabler Gruppen** mit der Möglichkeit FFP2-Masken zu erhalten eine wirksame Maßnahme, um den Eigenschutz der Risikogruppe zu gewährleisten.
- Die Pflege- und Gesundheitskräfte leisten aktuell Übermenschliches, um die evtl. tödlichen Auswirkungen von Covid-19 so gering wie möglich zu halten. Leistung muss sich lohnen: Deshalb fordert die FDP-Fraktion, die **Überstunden der Gesundheits- und Rettungsdienstberufe für den Zeitraum der Pandemie steuerfrei** zu gewähren.
- Die Corona-Krise stellt viele Leistungserbringer im Gesundheitswesen nicht nur vor organisatorische, sondern auch vor riesige finanzielle Herausforderungen. Eine **Refinanzierung von Kliniken, Reha-Einrichtungen, Pflegeheimen, ambulanten Leistungserbringern und Arztpraxen auf Grundlage der Einnahmen des letzten Jahres** wäre eine unbürokratische und schnelle Unterstützung für unser Gesundheitssystem. Die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung muss während und nach Krise sichergestellt werden.
- Die FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag befürwortet die Entwicklung und den **Einsatz von Handy-Apps** zur Unterstützung der Gesundheitsämter für die Nachverfolgung von Infektionsketten. Dabei ist der Datenschutz, die Dezentralität der Daten und die Freiwilligkeit der Anwendung zu gewährleisten. Die Daten des Handy-App-Nutzers dienen einzig zur Nachvollziehbarkeit der Übertragung des Virus.



- Unser **Öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD) muss personell besser ausgestattet und finanziert werden**. Die behelfsweise Aufstockung der Behörden durch Beamtenanwärterinnen und -anwärter ist eine sinnvolle Maßnahme. Das Personal der Gesundheitsämter muss besser bezahlt werden. Hierzu fordert die FDP-Fraktion ein breit angelegtes Programm zur Ertüchtigung des ÖGD für zukünftige Herausforderungen. Auch muss die Bürokratie im Bereich des Gesundheitsschutzes auf ein Minimum reduziert werden, um die Gesundheitsämter zu entlasten.
- **Desinfektionsmittelspender** sollten in Pandemiezeiten wie Mülleimer zum Standard in allen öffentlichen Gebäuden und an hoch frequentierten Plätzen gehören.

Langfristig

- Die **Melddaten** über Corona-Infektionen und Todesfälle durch das Virus werden in der Öffentlichkeit als sehr uneinheitlich wahrgenommen. Dies liegt am Infektionsschutzgesetz, welches eine nicht mehr zeitgemäße Meldekette an das Robert-Koch-Institut (RKI) vorschreibt, welche eine Aktualität der Zahlen, wie sie die John-Hopkins-Universität bietet, vermissen lässt. Nach der Corona-Krise muss das **Infektionsschutzgesetz** so verändert werden, dass eine Meldung der Fälle in Echtzeit vom Gesundheitsamt direkt an das RKI möglich ist.
- Die FDP-Fraktion fordert die **staatliche und zentrale Bevorratung von hochwertiger Schutzausrüstung (Mund- und Nasenschutzmasken, Schutzkitteln und Desinfektionsmittel)**, um einem erneuten Mangel vorzubeugen.
- Europa hat in der aktuellen Krise versagt. Es ist keine einheitliche europäische Strategie zur Bekämpfung des Corona-Virus erkennbar, obwohl hierin eines der größten Potentiale steckt. Die Freien Demokraten fordern deshalb die EU auf, Richtlinien für die Zusammenarbeit die Mitgliedsländer in Pandemiezeiten zu formulieren und zu ratifizieren. Ziel muss die **Erstellung eines Europäischen Pandemieplans** sein.
- Die Kliniklandschaft in Bayern befindet sich seit einiger Zeit im Umbruch. Bei der Umstrukturierung der Klinikkapazitäten im Freistaat, ist es obligatorisch, die Erkenntnisse aus der aktuellen Pandemie einfließen zu lassen.



- Die **Pandemiepläne der Länder und des Bundes müssen** auf Grundlage evidenzbasierter Erkenntnisse aus der Krise **überarbeitet werden**. Wir müssen unbedingt aus den Fehlern der Vergangenheit lernen, um nicht erneut in eine Vergleichbare Situation zu geraten.
- Ein wichtiger Baustein zur Prävention einer erneuten Pandemie, ist die **Gesundheitsedukation und Hygienesozialisation** der Bevölkerung. Das Vermitteln von Hygienestandards muss bereits im Kindesalter beginnen.
- Die Hygienestandards in den bayerischen Kliniken und Pflegeheimen müssen evaluiert und ggf. überarbeitet werden. Dabei sind Erkenntnisse aus dem Ausland mit einzubeziehen.
- Sobald ein Impfstoff gegen das Corona-Virus lieferbar ist, muss dieser schnellstmöglich und flächendeckend zur Verfügung gestellt werden.
- Das Einbrechen von Lieferketten während einer Pandemie stellt unsere Versorgung vor eine große Herausforderung. Deshalb ist es wichtig zu prüfen, inwiefern die Produktion **lebensnotwendiger Medikamente in den EU-Raum zurück verlagert** werden kann.